

## **Ablehnung der Badischen Landesverfassung. Rede am 16. April 1947 in der Beratenden Versammlung des Landes Baden**

**(S. 2)** Im Namen meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Die Kommunistische Partei hat durch die Vorlage eines Gegenentwurfs zur Verfassung, durch die intensive Beteiligung der Mitglieder ihrer Fraktion im Rechtsausschuß und im Plenum der Beratenden, Landesversammlung ihren Willen zum Ausdruck gebracht, an der Schaffung einer neuen demokratischen Verfassung mitzuarbeiten.

Der Verlauf der Aussprache und das Ergebnis der Abstimmungen haben gezeigt, daß die bürgerliche Mehrheit der Beratenden Landesversammlung nicht bereit ist, die nach unserer Meinung wichtigsten Voraussetzungen **(S. 3)** zu einer eindeutigen Volksherrschaft und Überwindung der gegenwärtigen Not in der Verfassung zu verankern. So hat die Mehrheit die von den Arbeiterparteien vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer systematischen Planung und durchgreifenden Demokratisierung unserer Wirtschaft und zur Vorbereitung einer Gemeinwirtschaft abgelehnt.

Die BCSV-Fraktion lehnte es mit ihrer absoluten Mehrheit ab, die bewährte badische Simultanschule auch weiterhin als Norm des staatlichen Schulwesens eindeutig zu bestätigen. Sie hat durch die Forderung und Festlegung einer „christlichen Gemeinschaftsschule“ die Gefahr einer Konfessionalisierung des Schulwesens heraufbeschworen.

Die Mehrheit der Beratenden Landesversammlung hat durch die Schaffung eines Ständerats, durch den Einbau eines Staatsgerichtshofes, durch die Aufrechterhaltung der Dreiteilung der Gewalten und des Berufsbeamtentums die Herrschaft des Volkes so eingeengt, daß die Verfassung Südbadens nicht als Fundament einer wirklichen Demokratie angesehen werden kann.

Die Mehrheit der Beratenden Landesversammlung hat es außerdem abgelehnt, unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß Südbaden ein Teil der deutschen demokratischen Republik ist und damit dem von uns abgelehnten Partikularismus Vorschub geleistet.

Aus diesen Gründen lehnt die kommunistische Fraktion den der Beratenden Landesversammlung vorgelegten Verfassungsentwurf ab. Sie wird alle fortschrittlichen Kreise unseres Volkes, die eine gesicherte Demokratie und eine neue wirtschaftliche Ordnung zur Überwindung der gegenwärtigen Not verlangen, auffordern, bei der Volksabstimmung ihre Stimme gegen den Verfassungsentwurf abzugeben

**In: Verhandlungen der Beratenden Versammlung des Landes Baden, 15. Sitzung, Mittwoch, den 16. April 1947, Kaufhaussaal zu Freiburg im Breisgau, S. 2-3.**